

Offene Grenzen in ein feudalistisches Europa?

Die Schweiz kann sich erst öffnen, wenn Europa demokratisch ist

Gelebte Demokratie statt Papier-Demokratie

Die Menschen in Europa spüren, dass es nicht reicht, eine Staatsverfassung zu haben, in welcher steht, dass man eine Demokratie ist. Eine Demokratie wird erst zu einer Demokratie, wenn sie als solche gelebt werden kann. In einer Demokratie geht man davon aus, dass die wichtigsten Machtmittel nicht in Privatbesitz sind. Diese müssen unter direkter oder indirekter Kontrolle des Volkes (des Demos) sein. Ist dies nicht der Fall, dann haben wir Aristokratie, Plutokratie (USA) oder gar Feudalismus (global vernetzte Finanzaristokratie - im Stile der früheren Königshäuser).

Was aber sind die Machtmittel, welche aus einem Feudalsystem eine Demokratie machen? Nun es ist in der Regel das, was wir bis vor Kurzem noch als Staatsregale ausgestaltet hatten: Der Service Public.

Es geht nicht um Gutmenschen oder Schlechtmenschen

Die Menschen sind über Jahrtausende alle gleich. Sie sind nicht besser oder schlechter. Die Art, wie sie ihre Machtmittel organisieren wirkt unabhängig davon, wer sie ausübt, zu einer besseren oder schlechteren Grundbefindlichkeit der Menschen in ihrem Beziehungsgeflecht.

Der Soziologe Norbert Elias hat dies 1939 in seinem Buch „Über den Prozess der Zivilisation“ Band II sauber herausgearbeitet. Er hat ermittelt, wie es möglich war, dass ein Herrscher zwischen 1200 und 1800 ein grösseres Territorium (Reich) beherrschen konnte.

Eine Demokratie muss diese Machtmittel kontrollieren

Folgende Machtmittel hat er herausgearbeitet:

- Kontrolle über das Geldsystem (Das Recht Geld zu drucken und Zinsen zu erheben)
- Kontrolle der Verkehrswege (das Recht Strassenzölle zu erheben)
- Kontrolle der Kommunikationswege und Kommunikationsinhalte (Medien und Telekommunikation)
- Kontrolle der Arbeitsteilung

Was ist mit diesen Machtmitteln in den vergangenen 10 Jahren geschehen? Nun, die Antwort kennt jeder: Wir haben diese Machtmittel nicht mehr demokratisch (staatlich) geregelt, sondern feudalistisch (privat).

Das wichtigste Machtmittel ist Geld

Die Herrscher der Welt wissen dies. Deshalb haben sie zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit in eine Trickkiste gegriffen. Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde ein Land neu gegründet (Euroland), bevor für dieses Land eine einheitliche Staatsverfassung existierte. Mit dem EURO wurde das Geldsystem in Europa zentralisiert. Die Herrscher über die Geldsysteme in den einzelnen Ländern dachten, dass sie sich damit gegenüber einem starken US-Dollar besser durchsetzen könnten. Mit dieser Zentralisierung des Geldsystems durch den EURO hat man das Machtmittel Geld jedoch gleichzeitig der demokratischen Kontrolle der einzelnen Länder entzogen. Durch das Nein der Holländer und Franzosen zur Europäischen Verfassung stehen wir nun vor einem grossen Scherbenhaufen. Es existiert ein zentralwirtschaftlich geführtes Europa unter dem EURO, ohne dass in diesem Land eine einheitliche Staatsverfassung existiert. Das ist aus organisatorischer Sicht etwa dasselbe, wie wenn der Europäische Fussballverband eine gemeinsame Clubkasse führen würde, die Mannschaften aller Länder gegeneinander spielen würden, jedoch jedes Land seine eigenen Spielregeln definieren und eigene Regeln für die Verteilung der Einnahmen aufstellen würde. Kein Wunder fordert der italienische Sozialminister die Aufhebung des EURO. So kann Europa schlicht nicht funktionieren.

Monopolisierung der Machtmittel durch Privatisierung führt zu Feudalismus

Durch die Privatisierung der Staatsregale hat nur noch eine kleine private Oberschicht in Europa die Herrschaft über die genannten Machtmittel. Natürlich arbeiten diese privaten Machthaber über die Grenzen der einzelnen Länder hinweg hervorragend zusammen. Sie treffen sich ja regelmässig zu G8-Gipfeln oder zum Weltwirtschaftsforum in Davos und können dann nicht verstehen, dass sich gewisse Bevölkerungsschichten über diese Machtdemonstrationen aufregen. Nur haben sie bei ihren freundlichen G8-Treffen die übrigen Menschen, die man gemeinhin das Volk nennt, anscheinend vergessen. Sie kennen keine Integrationsprobleme mit Ausländern, wie sie die Bevölkerung in Holland offensichtlich drastisch erlebt.

Kantonalbanken und Strassen sind zu verstaatlichen

In der Schweiz haben wir die Kantonalbanken abgeschafft und wie wir vom Leiter des Bundesamtes für Strassenbau gehört haben, gibt es in

Offene Grenzen in ein feudalistisches Europa?

Die Schweiz kann sich erst öffnen, wenn Europa demokratisch ist

der Schweiz ebenfalls Bestrebungen, die Strassen zu privatisieren.

Wenn nun aber Private die Verkehrswege, die Kommunikationswege und alle anderen Machtmittel (das Geld) beherrschen, dann haben wir Feudalismus wie vor 150 Jahren. Um diesem Übel abzuwehren haben wir vor 150 Jahren genau das Gegenteil von dem gemacht, was wir heute tun: Wir haben staatliche Kantonalkassen gegründet und die Strassen verstaatlicht, um privaten Feudalherren keine Wucherzinsen und keinen Wegzoll mehr entrichten zu müssen.

Gottfried Keller hat damals (es ging um die Gründung der Zürcher Kantonalkasse) folgendes geschrieben:

"Wir brauchen diese Staatsbank [Kantonalkasse], um den Wucher [den Zins] zu bekämpfen, den Privatbanken heilsame Konkurrenz entgegenzustellen und den mittleren und kleineren Gewerbestand vor der Ausbeutung durch die in erster Linie auf eigenen Nutzen [Gewinne und Managerlöhne maximieren] bedachten Privatbanken zu schützen."

Kapitalverkehrskontrolle statt Kapitalfreizügigkeit

Wir haben vergessen, warum wir vor 150 Jahren das Geldsystem unter demokratische Kontrolle gelegt haben und warum es früher einmal in jeder demokratischen Volkswirtschaft eine Einrichtung gab, die wir „Kapitalverkehrskontrolle“ nannten. Die Kapitalverkehrskontrolle dient nämlich den arbeitsabhängigen Menschen. Also allen, welche 90% oder mehr ihres Einkommens nicht durch Zins und Spekulation verdienen. Das dürften auch heute noch rund 95% der Menschen in einem Staatswesen sein. Die Kapitalverkehrskontrolle soll also verhindern, dass diejenigen, welche das Kapital durch ihre Arbeit aufgebaut haben, ihres Kapitals beraubt werden, indem man dieses in andere Länder mit tieferen Löhnen (Investitionsparadiese) oder tieferen Steuern (Steuerparadiese) exportiert. In Investitionsparadiesen herrscht in der Regel Feudalismus pur – keine Demokratie also, sondern eine Art Kolonialismus, der mit Geld statt mit Armeen organisiert wird. Steuerparadiese wie St. Moritz, Jersey, die Bermudas oder Guernsey charakterisieren sich dadurch, dass die Einheimischen plötzlich auswandern müssen, weil sie die überhöhten Miet- und Lebenskosten nicht mehr aufbringen können.

Kapitalfreizügigkeit macht aus arbeitenden Menschen Zwangsnomaden

Lesen Sie im beiliegenden Dokument, wie direkt der Zusammenhang zwischen Kapitalfreizügigkeit und Personenfreizügigkeit ist. Wenn Kapital unkontrolliert fließt, fließen die Waren unkontrolliert und mit ihnen die Menschen. Es gibt in dieser Art Gesellschaft kein friedliches Zusammenleben sesshafter Menschen. Als Zwangsnomaden müssen die Arbeitsabhängigen immer dorthin auswandern, wo das Kapital hinfließt. Fast alle Konflikte, die wir heute beklagen, haben ihre Ursache in einem fehlgeleiteten und falsch organisierten Wirtschaftssystem. Der ungehemmte Kapitalfluss ist die Ursache. Wir können bis zurück ins antike Griechenland beobachten, wie Wirtschaftskrisen entstehen und wir können immer wieder die gleichen Mechanismen erkennen. Die Heuschreckeplage ist also nicht abhängig von den einzelnen handelnden Heuschrecken, wie Herr Müntefering dies versucht hat darzustellen. Sie entsteht, wenn wir systemisch falsch vorgehen, also die Wirtschaft falsch organisieren. Gutmenschen und Schlechtmenschen handeln immer in der Logik des Systems. Da nützt es nichts, mehr Ethik oder Corporate Governance zu verlangen.

Wenn die Demokratien in Europa wieder zu demokratischen Paradiesen werden wollen (statt Investitionsparadiesen oder Steuerparadiesen), in welchen sich die Mehrheit der Menschen wohl fühlt, müssen wir zurück zu den demokratischen Nationalstaaten mit eigener Währung. Der Euro ist zum heutigen Zeitpunkt definitiv für Europa nicht geeignet. Bereits General De Gaulle hat dies gewusst. Offenbar sind er und alle Völker Europas bei den gut zusammenwirkenden Privaten Inhabern der Geldmacht nicht durchgekommen. Heinrich Bortis, ein herausragender Schweizer Volkswirtschaftler an der UNI Fribourg hat dazu geschrieben: Il n'est jamais trop tard pour bien faire !!!

Es ist nie zu spät, es gut zu machen.

Das wünsche ich Ihnen und allen Menschen, welche ein Europa für die Menschen – und nicht für die private Geldmacht bauen wollen. Bestimmt wird schon bald eine Zeit kommen, in der auch der Think-Tank Avenir Suisse einsieht, dass man Zahlen auf dem Computer nicht essen kann, und dass wir deshalb dringend unserer Landwirtschaft Sorge tragen sollten.

Die Schweizer sind Weltbürger genug und hatten im internationalen Handel durch den frühen Beitritt zur EFTA schon längst Freihandel in einem demokratisch verträglichen Mass. Es gibt keinen

Offene Grenzen in ein feudalistisches Europa? Die Schweiz kann sich erst öffnen, wenn Europa demokratisch ist

Grund, die Weltoffenheit der Schweizer schlecht zu reden. Die demokratische Tradition der Schweiz, von der Europa in den nächsten Jahren bestimmt lernen wird, verbietet es, uns auf ein feudalistisches Abenteuer mit den Europäischen Eliten einzulassen. Als Volk sollten wir uns mit den Völkern Europas verbinden - nicht mit den Herrschern.

Die Schweiz wird bewusst und freiwillig zu Europa dazukommen, wenn dieses tatsächlich demokratisch geworden ist. Das ist dann der Fall, wenn die meisten Menschen in Europa sich wieder wohl fühlen – und nicht nur eine kleine Elite. Im Zeitalter der EFTA war dies der Fall!

Die europäische und schweizerische Elite muss einsehen, dass sie auf dem Holzweg ist. Erst dann werden sich die Verhältnisse wieder normalisieren.

Sursee, 6. Juni 2005
Ivo Muri